

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Marion Platta (LINKE)

vom 03. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. September 2020)

zum Thema:

Steganlagenkonzepte und Sportförderung

und **Antwort** vom 23. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Sep. 2020)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Frau Abgeordnete Marion Platta (Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24818
vom 03.09.2020
über Steganlagenkonzepte und Sportförderung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Bezirksämter Steglitz-Zehlendorf, Lichtenberg, Reinickendorf, Tempelhof-Kreuzberg, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Spandau, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie werden in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Inwieweit hält es der Senat für notwendig, dass Bezirke Steganlagenkonzeptionen erarbeiten?

Antwort zu 1:

Der Senat übt keine Fachaufsicht über die bezirkliche Genehmigungspraxis aus. Die Bezirksämter treten im Rahmen ihrer sachlichen und örtlichen Zuständigkeit als eigenständige Genehmigungsbehörden auf und entscheiden selbstständig darüber, ob Steganlagenkonzepte erarbeitet werden.

Der Senat befürwortet jedoch die Erstellung von Steganlagenkonzepten in den einzelnen Bezirksämtern als Entscheidungshilfe in den Verwaltungsverfahren. Konzeptionen für Sportbootstege können sicherstellen, dass Sportbootstege nur dort errichtet werden, wo weder eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, noch erhebliche Nachteile für Rechte oder Befugnisse anderer zu erwarten sind. Sie dienen als Richtlinie zur Gewährleistung einer nachvollziehbaren und sachgerechten Ermessensausübung im wasserrechtlichen

Steganlagengenehmigungsverfahren bei Vorhaben, in denen die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für die Genehmigungserteilung gegeben sind.

Frage 2:

Welche Inhalte sollten aus Sicht des Senates unbedingt in den Steganlagenkonzepten behandelt werden und welche rechtliche Wirksamkeit erhalten diese Inhalte gegenüber welchen Verwaltungen (Bund, Land, Bezirk)?

Antwort zu 2:

Aus Sicht des Senates sollten die Steganlagenkonzeptionen, neben den gesetzlichen Prüffaktoren, wie Wohl der Allgemeinheit, Beeinträchtigung der Sicherheit und Ordnung sowie der Rechte und Befugnisse Anderer, Themen wie vorhandene Schutzgebiete, Gewässerschutz, Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) enthalten. Über die Inhalte entscheiden jedoch die Bezirksämter selbst.

Eine Rechtswirkung gegenüber dem Bund und Land ergibt sich daraus nicht. Die Bezirksämter entscheiden im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit, welche Rechtsbindung – abhängig von der jeweiligen Beschlussfassung im Bezirksamt – die Konzepte entfalten.

Frage 3:

Gehören aus Sicht des Senates Steganlagen, die von gemeinnützigen Sportorganisationen genutzt werden, zu speziellen Anlagen für einzelne Sportarten, die demzufolge unter das Sportförderungsgesetz - Abschnitt II Sportanlagen fallen? Wenn nein, wie kann Wassersport in Berlin ohne Stege betrieben werden? (Benennen Sie dazu bitte Beispiele.)

Antwort zu 3:

Die Frage ist nicht allgemeingültig zu beantworten. Die rechtliche Natur der Steganlagen ist abhängig von den tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten des jeweiligen Einzelfalles (z.B. Eigentumsverhältnisse, vertragliche Regelungen usw.).

Frage 4:

Welche Bezirke haben derzeit eine vom Bezirksamt beschlossene Steganlagenkonzeption und in welchen Bezirken sind zusätzlich Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung über Steganlagenkonzeptionen vorhanden? (Bitte auch angeben, wann die jeweiligen Beschlüsse erfolgten, das jeweilige Inkrafttreten und ggf. die Befristung der Gültigkeit der Konzeptionen.)

Frage 5:

Inwieweit haben der Senat bzw. Senatsverwaltungen bei der Erarbeitung dieser Konzeptionen mitgewirkt? An welchen Stellen gab es Hinweise bzw. Hemmnisse für die Wirksamkeit der Steganlagenkonzeptionen durch den Senat zu bekunden?

Frage 6:

In welchen Bezirken werden gegenwärtig Steganlagenkonzeptionen erarbeitet?

Antwort zu 4, 5, 6:

Auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage 18/24251 wird verwiesen. Hier teilten die Bezirksämter folgendes mit:

Lichtenberg	„Im Bezirk Lichtenberg liegt seit 2016 das „Entwicklungskonzept Rummelsburger See“ vor, welches u.a. auch die wasserseitigen Nutzungen konzeptionell darstellt.“
Steglitz-Zehlendorf	„Das Steganlagenkonzept wird seit Anfang 2019 umgesetzt. Ziel der Konzeption ist eine Erhöhung der Rechtssicherheit bei den Genehmigungsverfahren. Zu diesem Zweck benennt die Konzeption flächenspezifische Handlungsempfehlungen für die Errichtung und wesentliche Umgestaltung von Sportbootstegen. Dabei sind die wesentlichen umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorgaben zur Sicherung bzw. Erreichung der gewässerbezogenen Umweltziele nach EU-WRRL, Natura2000 sowie der lokalen Restriktionen und vorhandenen Nutzungen zu beachten und ggf. in Abwägung zu bringen.“
Charlottenburg-Wilmersdorf	„Es liegt ein Steganlagenkonzept vor.“ (2003)
Treptow-Köpenick:	<p>„Das Umwelt- und Naturschutzamt verfügt seit Anfang des Jahres über eine „Steganlagenkonzeption für Sportboote im Bezirk Treptow-Köpenick - Ermessensleitende Richtlinie -“</p> <p>Die Steganlagenkonzeption ist eine interne Richtlinie des Umwelt- und Naturschutzamtes zur Gewährleistung einer willkürfreien, nachvollziehbaren, objektivierten und sachgerechten Ermessensausübung (ermessensleitende Verwaltungsvorschrift) im wasserrechtlichen Steganlagengenehmigungsverfahren bei Vorhaben, in denen die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für die Genehmigungserteilung gegeben sind.</p> <p>Die Konzeption für Sportbootstege soll sicherstellen, dass Stege nur dort errichtet werden, wo eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, noch erhebliche Nachteile für Rechte oder Befugnisse anderer zu erwarten ist.</p> <p>So sollen die Gewässer auf Dauer für die Freizeit- und Erholungsnutzung geeignet sein sowie wertvollen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum bieten. Dafür ist es wichtig, alle schiffbaren Gewässer des Bezirks übergeordnet zu betrachten und zu bewerten.“</p>
Spandau:	„Seit 2002: Zu den Inhalten gehören die Definition von Vorranggebieten für Naturschutz und für Wassersport. Seit seiner Erstellung wird das Konzept kontinuierlich bei Genehmigungsverfahren eingesetzt.“
Reinickendorf	„Im Bezirk Reinickendorf von Berlin liegt noch kein Steganlagenkonzept vor. Die Erstellung eines Steganlagenkonzeptes wurde 2019 beauftragt. Dabei sind die wesentlichen umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorgaben zur Sicherung und zum Erreichen der gewässerbezogenen Umweltziele nach Wasserrahmenrichtlinie und Schutzgebietsverordnungen sowie lokale Restriktionen und vorhandene Nutzungen zu beachten und in Abwägung zu bringen.“
Mitte	„In Zuständigkeit des Umwelt- und Naturschutzamtes Mitte ist kein eigenes Steganlagenkonzept für den Bezirk Mitte erarbeitet worden. Dem Umwelt- und Naturschutzamt ist auch kein Steganlagenkonzept für den Bezirk Mitte bekannt.“

Frage 7:

Gibt es eine einheitliche Einordnung von Nutzergruppen (etwa Unternehmen, Sportvereine, Private) und Kriterien für deren Privilegierung hinsichtlich der Genehmigung und der Befristung von Steganlagen?

Antwort zu 7:

Die Steganlagen werden nach § 62 ff BWG (Berliner Wassergesetz) genehmigt und befristet, wenn von dem beabsichtigten Unternehmen weder eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, noch erhebliche Nachteile für Rechte oder Befugnisse anderer zu erwarten sind. Steganlagen dürfen nur in unbedingt erforderlichen Umfang genehmigt werden. Der Regelungsgehalt der §§ 62 und 62 a BWG stellt ein präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt dar. Die Erteilung einer Genehmigung sowie die Befristung derselben liegen im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde, die für Ihre Entscheidung sämtliche bestehende Belange und Interessen unter Berücksichtigung der für sie geltenden Bewirtschaftungsgrundsätze für Oberflächengewässer gegeneinander abwägt.

Dabei ist es unerheblich, um welche Arten von Anlagen es sich handelt.

Frage 8:

Welche Fristen für den Betrieb von Stegen für unterschiedliche Nutzergruppen (etwa Unternehmen, Sportvereine, Privatleute) sehen diese jeweils vor?

Antwort zu 8:

Die Bezirke haben wie folgt mitgeteilt:

Mitte	„Das Umwelt- und Naturschutzamt Mitte hat seit Übertragung der Zuständigkeit keine Genehmigung für den Betrieb von Stegen erteilt.“
Neukölln	„Für das Bezirksamt Neukölln melde ich Fehlanzeige, da es sich bei den Gewässern in Neukölln um Bundes- bzw. Landesgewässer handelt und das Bezirksamt Neukölln nicht die Genehmigungsbehörde ist.“
Reinickendorf	„Genehmigungen für Sportsbootstege werden grundsätzlich auf zehn Jahre befristet. Nach § 62 und 62 a des Berliner Wassergesetzes (BWG) bedürfen Anlagen in Gewässern einer Genehmigung, die nach § 62 a BWG mit Nebenstimmungen versehen werden kann. Zum Schutz des Wohls der Allgemeinheit und der oberirdischen Gewässer ist die regelmäßige Überprüfung und Neubewertung der Notwendigkeit von Stegen unabdingbar, so dass auf entsprechende Befristungen nicht verzichtet werden kann. Aus Gründen der Gleichbehandlung sollte es bei einheitlichen Fristen bleiben.“
Charlottenburg-Wilmersdorf	„Gemäß § 62 Abs.5 Satz 1 BWG, § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG kann die Genehmigung für Steganlagen befristet erteilt werden, wenn dies zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit, zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen oder zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Vorschriften, die dem Vorhaben entgegenstehen können, erforderlich ist. Eine

	Befristung der Genehmigung für Steganlagen ist zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit erforderlich. Die Befristung soll einer Anpassung der wasserbehördlichen Genehmigung auf veränderte Erfordernisse des Natur- und Gewässerschutzes sowie der Vermeidung negativer Auswirkungen auf das Gewässer dienen. Die Genehmigungen werden in der Regel auf 10 Jahre befristet. Das Umwelt- und Naturschutzamt folgt damit der allgemein in Berlin geübten Verwaltungspraxis.“
Treptow-Köpenick	„Die Genehmigungen werden nach pflichtgemäßem Ermessen regelmäßig befristet erteilt. Der angemessene Genehmigungszeitraum richtet sich im Einzelfall nach örtlicher Lage der Anlage innerhalb / außerhalb geschützter Bereiche (wie FFH-Gebiete, NSG, LSG, WSG, Natura 2000), nach vorliegendem öffentlichem Interesse (z.B. Nutzung durch sportförderwürdige Sportvereine), sowie der Bauart/Baumaterial der Anlagen. In der Regel werden die wasserrechtlichen Genehmigungen für einen Zeitraum von 10 Jahren erteilt. Es sind aber auch im Einzelfall begründete abweichende längere oder kürzere Genehmigungsfristen möglich. Eine verwaltungsinterne ermessensleitende Richtlinie zur Dauer der Befristung von Genehmigungen zu Sportbootsteganlagen bildet die Grundlage unserer Verwaltungspraxis, insbesondere berücksichtigt diese das öffentliche Interesse der Arbeit von sportförderwürdigen Wassersportvereinen (Jugendarbeit, Breitensport).“
Friedrichshain-Kreuzberg	„Es werden keine Unterschiede bei den Fristen für unterschiedliche Nutzergruppen gemacht. Die Fristen betragen in der Regel 10 Jahre. Aus hiesiger Sicht besteht kein Änderungsbedarf.“

Frage 9:

Besteht nach Auffassung des Senats die Möglichkeit, auf Fristen zur Betriebsgenehmigung von Stegen teilweise und ggf. für gemeinnützige Sportvereine vollständig zu verzichten? Wenn ja, unter welchen Umständen?

(Bitte Beispiele aus der Praxis benennen.)

Antwort zu 9:

Die Bezirke haben wie folgt mitgeteilt:

Mitte	„Zu einer Auseinandersetzung mit diesem Thema gab es bisher keinen Anlass.“ siehe Antwort zu 8.
Neukölln	„Für das Bezirksamt Neukölln melde ich Fehlanzeige, da es sich bei den Gewässern in Neukölln um Bundes- bzw. Landesgewässer handelt und das Bezirksamt Neukölln nicht die Genehmigungsbehörde ist.“
Reinickendorf	„Genehmigungen für Sportsbootstege werden grundsätzlich auf zehn Jahre befristet. Nach § 62 und 62 a des Berliner Wassergesetzes(BWG) bedürfen Anlagen in Gewässern einer Genehmigung, die nach § 62 a BWG mit Nebenstimmungen versehen werden kann. Zum

	Schutz des Wohls der Allgemeinheit und der oberirdischen Gewässer ist die regelmäßige Überprüfung und Neubewertung der Notwendigkeit von Stegen unabdingbar, so dass auf entsprechende Befristungen nicht verzichtet werden kann. Aus Gründen der Gleichbehandlung sollte es bei einheitlichen Fristen bleiben.“
Charlottenburg-Wilmersdorf	„Gemäß § 62 Abs.5 Satz 1 BWG, § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG kann die Genehmigung für Steganlagen befristet erteilt werden, wenn dies zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit, zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen oder zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Vorschriften, die dem Vorhaben entgegenstehen können, erforderlich ist. Eine Befristung der Genehmigung für Steganlagen ist zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit erforderlich. Die Befristung soll einer Anpassung der wasserbehördlichen Genehmigung auf veränderte Erfordernisse des Natur- und Gewässerschutzes sowie der Vermeidung negativer Auswirkungen auf das Gewässer dienen. Die Genehmigungen werden in der Regel auf 10 Jahre befristet. Das Umwelt- und Naturschutzamt folgt damit der allgemein in Berlin geübten Verwaltungspraxis.“
Treptow-Köpenick	„Nein, eine ausführliche Begründung wurde vom Bezirksamt Treptow-Köpenick zum Beschluss-Nr. 0202/12/17 (Drs.Nr.: VIII/0250) aus der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick am 14.12.2017 vorgenommen.“
Friedrichshain-Kreuzberg	„Es werden keine Unterschiede bei den Fristen für unterschiedliche Nutzergruppen gemacht. Die Fristen betragen in der Regel 10 Jahre. Aus hiesiger Sicht besteht kein Änderungsbedarf.“

Frage 10:

Welche Wassersportvereine benutzen Grundstücke innerhalb bzw. in unmittelbarer Nähe von Naturschutz- bzw. Landschaftsschutzgebieten? (Bitte nach Bezirken gegliedert angeben und seit welchem Jahr genutzt.)

Antwort zu 10:

Die Bezirke haben wie folgt mitgeteilt:

Mitte	„Das Umwelt- und Naturschutzamt führt kein Verzeichnis der im Bezirk aktiven Wassersportvereine. Bekannt ist, dass „Berliner Wasserratten 1889 e.V.“ in mittelbarer Nähe des Landschaftsschutzgebietes „Volkspark Rehberge“ das Grundstück Nordufer 26 nutzt.“
Neukölln	„Für das Bezirksamt Neukölln melde ich Fehlanzeige, da es sich bei den Gewässern in Neukölln um Bundes- bzw. Landesgewässer handelt und das Bezirksamt Neukölln nicht die Genehmigungsbehörde ist.“
Reinickendorf	„Es existieren keinerlei derartig statistisch aufbereitete Daten für den Bezirk Reinickendorf, so dass die Frage angesichts der Vielzahl der vorhandenen Stege innerhalb der vorgegebenen Antwortzeit nicht beantwortet werden kann.“

	<p>Die gerade in Sanierung befindliche Steganlage des Bootshauses Tegel befindet sich im Vermögen des Fachbereichs Sport. Dieses Grundstück befindet sich am „Borsighafen“ und damit nicht in unmittelbarer Nähe eines Landschaftsschutzgebietes.</p> <p>Eine Aufstellung der Reinickendorfer Wassersportvereine befindet sich in der Anlage.</p> <p><u>Anlage:</u></p> <p>Angelclub Malchsee 1921 e. V. Rieppelstraße 20 13629 Berlin; Anglerverein Waldkater 1924 e. V. Ahornallee 12 B 16548 Glienicke; Sport und Anglerverein Früh-Auf Tegel e. V. Bernauer Str./Uferweg 13507 Berlin; Berliner Kanu-Club Borussia e. V. Gabelweihstraße 2 A 13505 Berlin; Wassersportclub Blau-Weiß Tegel e. V. Siedlung Am Fließ 1-5 13507 Berlin; Berliner Kanu-Club Borussia e. V. Gabelweihstraße 2 A 13505 Berlin; Wander-Paddler-Havel e. V. Alt Heiligensee 112 13503 Berlin; Wassersportgemeinschaft Heiligensee e. V. Kufsteiner Straße 82 10825 Berlin; Segel-Club Freia e. V. Bernauer Straße 152 a/Uferweg 13507 Berlin; Segel-Club Frithjof-Haveleck e. V. Tegelter Ufer 34 13505 Berlin; Segel-Club Odin e. V. Bernauer Straße 152 c 13507 Berlin; SeglerGemeinschaft Insel Scharfenberg An der Schneise 2 B 13503 Berlin; Tegeler Segel Club e. V. Schwarzer Weg 27 13505 Berlin; Verein Schmöckwitzer Segler e. V. Wisentweg 4 13503 Berlin; Wassersport-Vereinigung 1929 e. V. Im Saatwinkel 27 13599 Berlin; Interessengemeinschaft Tauchen e. V. Pestalozzistraße 9 a 10625 Berlin; Nordberliner Tauchverein e. V. Avenue Charles de Gaulle 3 a 13469 Berlin ; Segler-Vereinigung Tegel e. V. An der Malche (Clubhaus) 13507 Berlin.“</p>
Charlottenburg-Wilmersdorf	<p>„Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sind nach Aktenlage 119 Steganlagen bekannt. Davon werden 80 privat, von Vereinen oder gewerblich genutzt. Aktuelle Zahlen hinsichtlich der von Wassersportvereinen genutzten Stege sind in der Kürze der Zeit nicht zu ermitteln. Außerdem hat das Umwelt- und Naturschutzamt über die Steganlagen an den Fließgewässern, die keine Sportstege sind, aufgrund fehlender Zuständigkeit keinen Überblick. Inwieweit Stege in Landschafts- bzw. Naturschutzgebieten liegen ist nur mit erheblichem zeitlichem Aufwand ermittelbar. Bei Stegen, die an der Havel liegen, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sie in</p>

	unmittelbarer Nähe zum Landschaftsschutzgebiet Grunewald liegen.“
Treptow-Köpenick	„Statistische Angaben dazu liegen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick zur Beantwortung nicht vor.“
Friedrichshain-Kreuzberg	„Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gibt es keine Natur- und Landschaftsschutzgebiete.“

Berlin, den 23.09.2020

In Vertretung

Stefan Tidow
 Senatsverwaltung für
 Umwelt, Verkehr und Klimaschutz